

AUSSENPOLITIK

BRD

Gerhard Schröder wurde für den Sommer ds. Js. nach Peking eingeladen. "Volksdiplomatie" oder Diplomatie von Staat zu Staat? Man könnte argumentieren, daß Schröder in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag angesprochen wurde. Warum aber hat es Peking in diesem Falle nicht der Mühe für wert befunden, die Bundesregierung wenigstens zu unterrichten? Weil keine offiziellen Beziehungen bestehen? Oder aber, weil die Volksrepublik China mit der Ostpolitik der Regierungspartei nicht einverstanden ist, - einer Politik also, die es Moskau aus Pekingischer Sicht ermöglicht, den Rücken in Europa freizubekommen? Sollte also doch mehr der CDU Politiker als der Ausschufvorsitzende angesprochen sein? Wenn man dem "Corriere della Sera" glauben darf, so ist die CDU wegen ihrer Opposition gegen die Ostverträge zu einem Lieblingskind Maos geworden: "Praktisch ist durch die Einladung Schröders nach Peking der CDU durch Mao Tse-tung ein doppeltes Lob ausgesprochen worden: einmal wegen ihrer Opposition gegen die Ostpolitik und zweitens wegen ihrer China-Politik, die als Alternative zu den Ostverträgen vorgeschlagen wird. Die Wahl Maos fiel auf einen Vertreter der Opposition und nicht auf einen Vertreter der Regierung."

Eine weitere Erklärungsmöglichkeit läge auch darin, daß Peking sich über den richtigen Adressaten nicht ganz klar war. Dafür gäbe es einen Präzedenzfall: Nachdem es z.B. bereits die beiden Fraktionsführer des amerikanischen Senats, den Demokraten Mike Mansfield und den Republikaner Duke Scott, eingeladen hatte, mußte es sich vom Sprecher des Repräsentantenhauses, Carl Albert, vorhalten lassen, daß das Repräsentantenhaus unberücksichtigt geblieben sei. Peking beeilte sich daraufhin, auch die demokratischen und republikanischen Fraktionsführer im Repräsentantenhaus einzuladen.

Vielleicht kommt auch noch eine vierte Deutung in Frage: Schröder wurde weder als Mitglied des CDU Parteipräsidiums noch als Vorsitzender des Auswärtigen Bundestagsausschusses, noch auch wegen eines Zuständigkeitsirrtums eingeladen, sondern vielmehr wegen seiner Qualität als eine Art "China-Experte" in Bonn. Immerhin hatte er bereits im Jahre 1964 als damaliger Außenminister die Fühler in Richtung Peking ausgestreckt, als er in der Chinesischen Botschaft in Bern Sondierungsgespräche führte. Schröder ist also sozusagen ein "alter Bekannter". Der Sender Radio Prag freilich, der diese Vermutung angedeutet hat, nimmt seine Hypothese sogleich wieder zurück, indem er darauf hinweist, daß Rainer Barzel Anfang Februar Vertreter der Volksrepublik China in seinem Privatbungalow empfangen habe (Radio Prag vom 17.4.1972).

Träfe diese - bisher unbestätigt gebliebene - Meldung zu, so gäbe es wohl kaum noch einen Zweifel über den eigentlichen Grund der Einladung Schröders.

Nachdem die offizielle Verurteilung der deutschen Ostpolitik von chinesischer Seite (Jen-min jih-pao 13.9.1970) längere Zeit nicht wieder aufgegriffen worden war, kritisierte Hsinhua erneut indirekt - durch den Nachdruck einer albanischen Stellungnahme - die Sowjetunion und die BRD, die sowjetischen Sozialimperialisten manipulierten die deutsche Frage, wenn sie mit dem westdeutschen Imperialismus ein Abkommen über Berlin träfen, das flagrant die Souveränität der DDR verletze.

Die chinesische Presse brachte im Berichtsmonat folgende Meldungen über die BRD:

Berliner Studentendemonstrationen gegen die Bombardierung Nordvietnams (9.4.); Britisch-deutsches Gipfeltreffen (Brandt in London) (22.4.); Demonstrationen in Westberlin gegen die Bombardierung Nordvietnams (23.4.).

Westeuropa

DÄNEMARK

Hsinhua meldete am 9. April, daß die dänische Regierung zwei Tage vorher die Sowjetunion veranlaßt habe, drei ihrer Diplomaten aus Dänemark abzuberufen. Das dänische Außenministerium besitze klare Beweise, daß die drei Diplomaten sich "einiger Vergehen schuldig gemacht hätten, welche unvereinbar mit ihrem diplomatischen Status seien und welche in Dänemark strafrechtlich verfolgt würden, falls die drei Angeschuldigten nicht der diplomatischen Immunität unterlägen". Vor allem seien die sowjetischen Diplomaten in "Spionage" verwickelt gewesen.

Noch nie vorher hatte Hsinhua eine solche Meldung weitergegeben, obwohl doch wahrhaft häufig Gelegenheit dazu gewesen wäre.

Man sieht, es gibt immer noch Gebiete, auf denen die sino-sowjetischen Auseinandersetzungen eskalieren können.

SAN MARINO

Am 5. Juni 1971 hatte Peking mit San Marino offizielle Beziehungen auf Konsulatebene aufgenommen. Wer geglaubt hatte, die Volksrepublik China wickle ihre Angelegenheiten mit San Marino nunmehr von Rom aus ab, sah sich getäuscht: China schickte tatsächlich einen Generalkonsul! Es unterstreicht damit sein Postulat, daß jeder Staat, ob groß oder klein, im internationalen Verkehr gleichberechtigt sei. Was also Italien recht ist, muß San Marino billig sein! Im übrigen ist diese Großzügigkeit Pekings wohl auch im Rahmen seines Wettbewerbs mit Taipei zu sehen: Auch die Kuomintang-Regierung entsendet ja hohe Repräsentanten in Zwergstaaten, so z.B. nach Vaduz in Liechtenstein!

MALTA

Vom 1.-7. April besuchte eine maltesische Regierungsdelegation unter der Leitung von Ministerpräsident Dom Mintoff die Volksrepublik China. Mintoff, dessen Regierung am 3. Januar 1971 diplomatische Beziehungen zu Peking aufgenommen hatte, wurde mit höchsten Ehren empfangen und von über 100.000 Menschen jubelnd begrüßt. Im Mittelpunkt der mit Chou En-lai geführten Verhandlungen stand die Mittelmeerfrage (vgl. hierzu THEMEN DES MONATS: "Pekings Kampf gegen Moskaus Seeweg-Strategie".)

Osteuropa**UdSSR**

Indirekt hat die Volksrepublik China das "Gerede" über die chinesische Kooperation mit Nixons USA" verurteilt. Die Presse veröffentlichte die Stellungnahme eines Kanadiers, der der Sowjetunion eine Politik der Eindämmung Chinas vorwirft und das "Erbe von John Foster Dulles" auf die "Schultern anderer Leute" fallen sieht. Uneinigkeit im Ostblocklager soll eine von Hsinhua verbreitete scharfe albanische Attacke gegen die Breschnjew-Doktrin der begrenzten Souveränität säen, die den Sowjets "ökonomische Unterwerfung" anderer sozialistischer Länder vorwirft. Die Glaubwürdigkeit der Sowjetunion selbst will ein chinesischer Kommentar zu einem Artikel über Taiwan in der sowjetischen "Novaja vremja" (Nr.12) erschüttern. Hsinhua zählt die Kontakte zwischen der Sowjetunion und der Chiang-Regierung seit 1963 auf und folgert, die Sowjetunion unterstütze die Zwei-China-Theorie.

Die relativ zurückhaltende Reaktion der Sowjetunion auf die erneute amerikanische Bombardierung Nordvietnams wurde durch einen scharfen Protest gegen die Beschädigung von vier im Hafen Haiphongs liegenden sowjetischen Handelsschiffen pointierter. Moskau nannte die Beschießung einen "verbrecherischen Akt". Die Beschuldigung, China habe sich zum Schaden Vietnams im stillen mit den USA über eine Beilegung des Indochinakonflikts geeinigt, hat die Presse des gesamten Ostblocks lautstark verbreitet. Ungarische, polnische, bulgarische und auch jugoslawische Zeitungen verurteilten den "gewissen Handel" und die "egoistischen Großmachtinteressen" Chinas, das nicht die Absicht habe, einen wirklichen Kampf zur Vertreibung der US-Truppen zu führen. Weitere propagandistische Munition Moskaus gegen Mao und den Maoismus ist ein von der Agentur Novosti veröffentlichtes Pamphlet "Was verschweigt man in Peking?" Eine Mao-Zitatensammlung will Widersprüche aufdecken und den Maoismus als Zickzacklinie hinstellen. Die erste Ausgabe der "Fernostprobleme" greift dieses Thema auf. Die neue Fachzeitschrift darf als Ergebnis langjähriger Bemühungen sowjetischer Wissenschaftler betrachtet werden, eine eigene, ausschließlich gegenwartsbezogene Plattform einzurichten. Weder die geo-

graphisch und historisch zu breit angelegte "Völker Asiens und Afrikas" noch die populäre Illustrierte "Asien und Afrika heute" vermochten bisher diese Aufgabe zu erfüllen.

Weitere Sticheleien der Sowjetunion und des Ostblocks richteten sich gegen Chinas angebliche Kriegsvorbereitungen und die Ablehnung von Abrüstungsabkommen, gegen die Europapolitik und das Eintreten der Chinesen mit Radiosendungen in ukrainischer Sprache für die "unterjochten Völker" der Sowjetunion. Die ukrainische Lokalpresse mischte sich daraufhin erstmals in den Anti-China-Chor. China kooperiere mit ukrainischen Nationalisten in Kanada, den USA und Westeuropa. Vertreter Pekings hätten sich auch in der Schweiz mit der "berühmten Rundfunkstation Liberty" in Verbindung gesetzt, um mit Unterstützung der Liberty-Experten maoistische und antisowjetische Propaganda zu fabrizieren. Mehrere Zeitschriften zeichnen ein völlig negatives Bild Chinas nach der Kulturrevolution und verurteilen heftig die Umerzichung von Parteikadern und Intellektuellen. Kunst und Wissenschaft der letzten Jahre bewiesen in ihrer Plumpheit schöpferische Geistesarmut der Chinesen.

Archäologische Entdeckungen dienen weiterhin als Beweisstücke für irredentistische Bestrebungen Chinas gegenüber der Sowjetunion. Am 14. April berichtete Radio Harbin: "Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde eine Anzahl von kostbaren Relikten entdeckt, die den breiten Massen Anhaltspunkte für das Studium der Geschichte Nordchinas und für den antirevisionistischen Kampf an die Hand geben ... Große Mengen von Porzellan, Töpferei- und Jadestücken wurden ausgegraben. Das Ergebnis der Ausgrabungen bewies, daß die Flußläufe des Ussuri und des Gelben Stromes schon in alten Zeiten eng miteinander verbunden waren Die Entdeckung spätneolithischer Überreste zeigten weiterhin, daß unsere Vorfahren schon in alter Zeit im Ussurigebiet gearbeitet und gelebt haben. Zusammen mit anderen Nationalitäten, die am Flußlauf des Huang-ho lebten, waren sie Mitgestalter der ruhmreichen Geschichte und der Kultur Chinas".

Damit wird im Zusammenhang mit den zahlreichen archäologischen Funden eine antisowjetische Tendenz aufrechterhalten, die bereits in der ersten Nummer der im Januar 1972 erschienenen Zeitschrift "Wen-wu" angeklungen war (vgl. hierzu CHINA aktuell, Februar 1972, S.4).

Der Wille, die Beziehungen zum Ausland noch mehr zu intensivieren, manifestiert sich auch in der Lehrtätigkeit des Pekinger Instituts für Fremdsprachen. 600 Schüler im Alter zwischen 10 und 16 Jahren sind dort zur Zeit eingeschrieben. Lehrgegenstand sind 6 Sprachen, nämlich Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch und Japanisch. Die größte Anzahl der Schüler, und zwar nicht weniger als ein Viertel, studiert Russisch. Die Schüler empfinden, wie sie versichern, "grenzenlose Liebe für Lenin und Stalin" und "großen Haß für Bucharin und andere Verräter dieses Schlages".

Wie das Londoner "International Institute for Strategic Studies" in seinem Jahresbericht für 1971 berichtet, hat Moskau jetzt über ein Viertel seiner aktiven Landstreitkräfte entlang der chinesischen Grenze stationiert.

Nach Angaben des Instituts stehen z.Zt. 44 sowjetische Divisionen an der Grenze zum chinesischen Nachbarn. 1970 waren es nur 30 Divisionen. Welche Bedeutung Moskau der Konfrontation mit Peking beimißt, wird u.a. auch daraus ersichtlich, daß es an seinen Westgrenzen nach Osteuropa nur 31 Divisionen stationiert hat.

Bis 1967 verfügte die Sowjetunion im chinesischen Grenzraum nur über 15 Divisionen. Ihre Truppenstärke in Fernost hat sich also seitdem verdreifacht. Auch die Chinesen haben ihre Streitkräfte bedeutend verstärkt. Mitte 1971 dürften sich ihre Streitkräfte entlang der 7000 km langen chinesisch-mongolisch-sowjetischen Grenze auf 67 Divisionen belaufen haben, die von sogenannten "Produktions- und Aufbaukorps", also Pioniereinheiten im Grenzgebiet, flankiert sind.

Schwerpunktmäßig sind die chinesischen Kräfte in den Militärregionen Shenyang und Peking angesiedelt. Umgekehrt sind die sowjetischen Panzer und mechanisierten Truppen gegen die hochindustrialisierte Mandschurei, den Raum um Peking und die fernwestliche Provinz Sinkiang gerichtet.

Angesichts der fehlenden zahlenmäßigen Überlegenheit sowjetischer Truppen würde sich ein Angriff von seiten Moskaus schnell festfahren. Ob sich die Russen bei dieser prekären konventionellen Situation eher auf eine chirurgische Operation mit Nuklearwaffen festgelegt haben, muß Spekulation bleiben.

ALBANIEN

"Has Peking lost Albania?" fragte die angesehene Far Eastern Economic Review in ihrer Ausgabe vom 11.3.1971 und begründete ihren Verdacht mit dem Hinweis, daß Tirana den Nixon-Besuch in Peking teils mit düsterem Schweigen, teils mit Bemerkungen wie "Es ist falsch, sich auf einen Imperialismus zu stützen, um den anderen zu bekämpfen" verurteilt habe, daß ferner keine einzige chinesische Delegation am 6. Kongreß der KPA im November 1971 teilgenommen habe und dieses Ereignis nicht einmal mit dem sonst üblichen Leitartikel in der chinesischen Presse gewürdigt worden sei. - Auch andere Streitpunkte schienen in der Luft zu liegen: Tirana verurteilt - ganz im Gegensatz zu Peking - nicht nur den Gemeinsamen Markt, sondern scheint auch die Annäherung Pekings an die "revisionistischen" KPs von Italien und Spanien zu mißbilligen. Außerdem bekämpft Albanien den "Ausverkauf" Maltas an Großbritannien, ein Ereignis, das von den Chinesen wiederum beim Besuch Dom Mintoffs in Peking schweigend übergangen wurde. Allerdings wurden die normalen Kontakte im Rah-

men bestehender Verträge keinesfalls abgebrochen. Am 13. April empfing Chou En-lai z.B. eine albanische Regierungsdelegation, und am 8. April war in der Bankettansprache davon die Rede, daß beide Staaten nach wie vor "engste Waffengenossen" im Kampf gegen die beiden Supermächte seien. Beide Staaten schlossen überdies ein Kreditabkommen über landwirtschaftliche Geräte und begingen feierlich den 10. Jahrestag der gemeinsamen Chinesisch-Albanischen Schiffsgesellschaft. Albanische Professoren wurden von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften empfangen, und nicht zuletzt begab sich der albanische Botschafter in China zusammen mit weiteren Botschaftsmitgliedern aufs Land, um sich in der Volkskommune "Chinesisch-Albanische Freundschaft" beim Bau einer Pumpstation körperlich zu ertüchtigen. Begleitet wurde er dabei von zwei stellvertretenden Direktoren der Abteilung "Sowjetunion und Osteuropäische Angelegenheiten" im chinesischen Außenministerium. Man wird weiter abwarten müssen, ob sich der Verdacht der FEER bestätigt.

JUGOSLAWIEN

Besonders eng gestalten sich in letzter Zeit die Beziehungen zu Jugoslawien. Belgrad teilt Chinas Standpunkt zur Mittelmeerpolitik und polemisiert gegen die Supermächte USA und Sowjetunion, die das Mittelmeer zum Schauplatz einer ausgesprochen militärisch-politischen Konfrontation machten. Eine chinesische Handelsdelegation traf am 3.4. in Ljubljana ein und führte Gespräche über Möglichkeiten zur Erweiterung des Warenaustausches. Eine jugoslawische Wirtschaftsdelegation besuchte einige Tage später die Volksrepublik

Der Besuch der chinesischen Delegation für Zivilluftfahrt in Belgrad bestätigte Pekings Absicht, noch im Sommer dieses Jahres eine erste transkontinentale Fluglinie nach Europa zu eröffnen. Vorgesehene Route: Peking - Pakistan - Iran - Türkei - Bukarest - Belgrad - Tirana und eventuell Rom. Chinas Delegation, die alle diese Länder bereist, schloß u.a. am 6. April ein Abkommen über zivilen Luftverkehr in Bukarest ab.

Nordamerika

USA

Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua hat in einem Artikel vom 7. April die von einer Gruppe Taiwan-Chinesen in Washington veranstaltete Demonstration für die Unabhängigkeit Taiwans, an der auch einige amerikanische Parlamentarier teilnahmen, scharf angegriffen. In diesem Zusammenhang werden die "bürgerlichen" Zeitungen in den USA, vor allem "The New York Times" attackiert, die im März mit mehreren Artikeln die Unabhängigkeitsbewegung Taiwans unterstützt hat. Aus derselben Zeitung kann Hsinhua aber auch einige Leserbriefe ameri-

kanischer Intellektueller zitieren, die die Zugehörigkeit Taiwans zu China befürworten, darunter auch einen Brief von O. Edmund Clubb, dem ehemaligen Direktor der China-Abteilung im State Department. Die amerikanische Regierung wird diesmal allerdings von den Chinesen verschont, denn Nixon will nach dem Shanghaier Kommuniqué vom 27. Februar nicht mehr bestreiten, daß Taiwan ein Bestandteil von China ist.

Am 18. April empfing Nixon die chinesische Tischtennismannschaft, die sich gegenwärtig auf einer Tournee durch mehrere amerikanische Städte befindet.

Vor rund einem Jahr hieß Chou En-lai umgekehrt die amerikanischen Tischtennismannschaft willkommen. Beide Nationen spielen sich die Bälle der "Volksdiplomatie" zu.

(Zum Besuch der Fraktionsführer des Senats Mansfield und Scott siehe: Übersicht, BRD.)

Afrika

MAURITIUS

Die Volksrepublik China und Mauritius haben die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen. Dies wurde am Ende eines dreitägigen offiziellen Besuches von Premierminister Rangoolan in Peking bekanntgegeben. Bei dem Gespräch spielte die Lage im Indischen Ozean eine große Rolle. Der Premierminister von Mauritius meinte, daß China eine bedeutsame Rolle im politischen Ringen um eine Friedenszone in diesem Bereich spielen könne. Der Indische Ozean solle frei sein vom dominierenden Einfluß der Großmächte, vor allem solle es dort keine Militärbasen und nukleare Einrichtungen geben. - Die Volksrepublik China hat sich bereit erklärt, dem Inselstaat ein hohes Darlehen für seine Entwicklung zu gewähren und ihn dadurch von der Abhängigkeit gegenüber Großmächten zu befreien. Die Politik Pekings gegenüber Mauritius verfolgt damit etwa ähnliche - antisowjetische - Ziele wie seine Malta-Politik!

Nahost

IRAN

Eine chinesische Handelsmission besuchte den Iran, führte "wochenlange Gespräche" mit persischen Außenhandelsexperten und ventilerte die Frage der Ausdehnung des Handels zwischen beiden Ländern, der bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 16. September 1971 keine bedeutende Rolle gespielt hatte, sich nun aber zunehmend vergrößert. Am meisten interessieren sich die Chinesen für Öl und petrochemische Produkte. Eine spezielle chinesische "Öldelegation" führte deshalb Gespräche mit der nationalen iranischen Ölkompanie.

Dieses neu erwachte Interesse an Ölimporten beweist, daß China nicht mehr, wie es noch vor zwei Jahren behauptet wurde, in seiner Ölförderung autark ist. Mit 20 Millionen t jährlicher Produktion nimmt China nur den 15. Platz in der Weltrangliste ein. Sein Anteil an der gesamten Weltproduktion beträgt knapp 1% (vgl. dazu CHINA aktuell, Februar 1972, S.11).

KUWEIT

Während China sich um neue Ölmärkte bemüht, bekämpft es entsprechende Ambitionen der Sowjetunion. Hsinhua griff in diesem Zusammenhang beifällig den Artikel in einer Kuweiter Zeitung auf, in dem voller Empörung mitgeteilt wird, daß die "Sowjetrevisionisten" angesichts des überragenden und globalen Charakters des Öls für die moderne Welt den Arabern das Monopol an den Ölvorräten abgesprochen und statt dessen "internationales Eigentum" geltend gemacht hätten. "Die Russen tischen die Parole vom internationalen Eigentum des Öls, vor allem des arabischen Öls, auf. Dies ist eine neue Idee und entspricht durchaus moderner imperialistischer Logik." (SWB 3962 A 4/1).

PAKISTAN

Der indische Außenminister Swaran Singh teilte über Radio Neu-Delhi mit, daß China den Pakistanis beim Neuaufbau ihrer Truppen helfe. Peking habe seit der Niederlage Pakistans gegen Indien im Dezember 1971 mindestens zwei neue Divisionen Islamabads ausgerüstet. Ganz unglaublich ist diese Meldung nicht: Immerhin hatte China den Pakistanis bereits im April 1970 in Ghazipur, 40 km nördlich von Dacca, eine Waffenfabrik übergeben, in der Gewehre, Schnellfeuerwaffen und Granatwerfer hergestellt wurden. Mit der Errichtung des Staates Bangla Desh ist diese Anlage verlorengegangen. Möglicherweise versucht Peking nun, diesen Verlust wieder wettzumachen. Keine Schwierigkeiten bereitet der Transport: Karachi läßt sich nicht nur per Schiff anlaufen, sondern ist seit Eröffnung der von Tibet nach Karachi über das Karakorum verlaufenden Allwetterstraße, die im März 1971 dem Verkehr übergeben wurde, auch von Norden her erreichbar.

PALÄSTINA

Anläßlich der eilig einberufenen Sitzung des Palästinensischen Nationalrates und des Palästinensischen Volkskongresses in Kairo sandte Chou En-lai am 6. April eine Adresse an Yasir Arafat. China wolle weiterhin entschieden den gerechten Kampf der Palästinenser und anderer arabischer Völker unterstützen. Ein Kommentar folgte in der Jen-min jih-pao vom 14. April: Der "Hussein-Plan", der auf ein "Vereinigtes Arabisches Königreich" abziele, sei der Versuch des "israelischen Zionismus, der jordanischen Reaktionäre und ferner einer oder zweier Supermächte, die palästinensische und arabische Revolution zu liquidieren, die arabischen Völker auseinanderzureißen und Einflußsphären im Mittleren Osten zu schaffen"

Deutlich wird hier der Versuch unternommen, die Sowjetunion als Gegner der palästinensischen Revolution hinzustellen.

Asien

INDONESIEN

Die Zeitung "Ming Pao" (Hong Kong) brachte am 6. April ein Interview mit dem Sprecher des indonesischen Generalkonsulats in Hong Kong. Der Sprecher verneinte einen Bericht, wonach der indonesische Präsident 50 - 60% der Anteile an den chinesischen Geschäften "indonesieren", d.h. an Indonesier übertragen wolle. In Wirklichkeit gehe es der indonesischen Regierung darum, sämtliche ausländischen Unternehmungen, also nicht nur die chinesischen, "durchsichtig" zu machen.

Diese Meldung ist im Rahmen des indonesischen Auslandschinesenproblems zu sehen. Von den in Indonesien lebenden Chinesen besitzen 1,2 Millionen die indonesische Staatsbürgerschaft, 1,2 Millionen sind staatenlos und 250 000 besitzen einen volkschinesischen Paß.

Wirtschaftlich sind die Chinesen in Indonesien immer wieder behindert worden.

JAPAN

Zwei frühere japanische Außenminister, Aiihiro Fujiyama und Takeo Miki, statteten China ihren Besuch ab. Die Einladung der Chinesen war genau kalkuliert, da sie auf den "linken Flügel" der regierenden Liberaldemokratischen Partei in Tokyo abzielte.

Drei "Fraktionen" lassen sich grosso modo innerhalb der LDP ausmachen: Die z.Zt. schwächer werdende Stammgruppe um Ministerpräsident Sato, Außenminister Takeo Fukuda sowie Handels- und Industrieminister Kakuei Tanaka; ferner der mehr rechts orientierte Flügel um Masayoshi Ohira und den früheren Verteidigungsminister und jetzigen LDP-Generalsekretär Yasuhiro Nakasone sowie schließlich die Gruppe um die beiden früheren Außenminister Aiihiro Fujiyama und Takeo Miki. Während die - von Peking so benannte - "Sato-Clique" bis vor kurzem eine gegenüber China sehr distanzierte Politik betrieb und den Chinesen wegen ihrer "militaristischen" Ambitionen ein Dorn im Auge ist, zeigt die Fraktion um Fujiyama und Miki chinafreundliches Verhalten.

Zu den Kandidaten für die Nachfolge Satos im Amt des Ministerpräsidenten Ende 1972 gehören Fukuda, Ohira, Nakasone und Miki. Falls einer von den drei Erstgenannten gewählt werden sollte, wird das gespannte Verhältnis zwischen Tokyo und Peking wohl anhalten. Sollte Miki als Sieger hervorgehen, so könnte er die LDP möglicherweise für einen entschieden chinafreundlicheren Kurs gewinnen. (Zum Verhältnis Japan-China vgl. auch CHINA aktuell, März-Nummer Seite 10 ff.)

Die allgemeine chinesische Strategie, chinafreundliche japanische Gruppierungen einzuladen und dadurch für sich zu gewinnen, wurde im Berichtszeitraum auch noch durch den Besuch einer Delegation der japanischen Demokratisch-Sozialistischen Partei verdeutlicht. Die Delegation unterzeichnete folgendes Anerkenntnis:

1. Es gibt nur ein einziges China in der Welt, und zwar die Volksrepublik China. Die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige legale Regierung des gesamten chinesischen Volkes. Absurditäten wie die Theorien von "Zwei chinesischen Staaten", "Ein China - ein Taiwan" oder "Ein China und zwei Regierungen" sollten schärfstens bekämpft werden.
2. Taiwan ist ein fester Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China und ist auch bereits an China zurückgegeben worden. Die Taiwan-Frage ist ausschließlich Chinas innere Angelegenheit, die keine Einmischung von seiten irgend eines anderen Landes zuläßt. Behauptungen wie "der Status von Taiwan muß erst noch entschieden werden" oder aber Pläne, die auf ein "unabhängiges Taiwan" abzielen, sollten entschieden abgelehnt werden.
3. Der Japan-Chiang Kai-shek-Vertrag ist ungesetzlich und ungültig und muß auch in seinen faktischen Auswirkungen aus der Welt geschafft werden." (SWB 3964 A 3/1 f.)

TAIWAN

Am 11. April hat Nationalchina diplomatische Beziehungen mit dem pazifischen Königreich von Tonga aufgenommen. Damit wurde der rein quantitative Vergleich zwischen den diplomatischen Beziehungen Taipeis (z.Zt. mit 51 Staaten) und Pekings (z. Zt. 76 Staaten) für einen Augenblick zugunsten des Inselstaates verbessert. Vor allem in Afrika und in Lateinamerika konnte Peking auf Kosten Taipeis seit 1970 Fortschritte erzielen. (Siehe Tab. in CHINA aktuell, Feb. 72)

VIETNAM

Gerüchte wollten wissen, daß der Nixon-Besuch in China bei den Nordvietnamesen tiefe Verstimmung hervorgerufen habe. Wurden Geheimabmachungen getroffen, denen zufolge Peking auf Hanoi und Washington auf Saigon mächtig einwirken solle?

Kaum zu bezweifeln ist, daß Nixon Chou En-lai glaubhaft versichert hat, daß der Vietnamkrieg nicht auf China übergreifen werde. Nichts spricht jedoch dafür, daß diese Zusicherung Peking veranlaßt hat, seine Unterstützung gegenüber Vietnam einzuschränken. Selbst im gemeinsamen Kommuniqué von Shanghai brachten die Chinesen zum Ausdruck, daß sie den Kampf des nordvietnamesischen Volkes weiterhin "unterstützen" würden. Peking stellte sich auch voll hinter den Sieben-Punkte-Plan der NLF und hinter die Ablehnung von Nixons Acht-Punkte-

Vorschlag durch Hanoi. (Vgl. dazu CHINA aktuell, Februar 1972, S.14 ff.)

Am 10. April 1972 gab das chinesische Außenministerium eine Erklärung zu den neuerlichen Auseinandersetzungen um Vietnam heraus (vgl. dazu Dokumentenanhang). Am 16.4. reiste eine Delegation des chinesischen Verkehrsministeriums durch das zerbombte Haiphong und am 25.4. brachte die Jen-min jih-pao einen Leitartikel zum 2. Jahrestag der Anti-amerikanischen Indochinesischen Gipfelkonferenz vom April 1970

Zumindest äußerlich hat sich also an dem Verhältnis zwischen Peking und Hanoi durch den Nixon-Besuch nichts geändert.

Internationale Organisationen

UNO

Generalsekretär Kurt Waldheim ernannte den 62-jährigen chinesischen Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses Tang Ming-chao zum Stellvertretenen Generalsekretär für Politische Angelegenheiten und Entkolonialisierung. Mit dieser Entsendung eines Chinesen in das UNO-General-Sekretariat folgte Waldheim einer Empfehlung der chinesischen Regierung.

Chinas UN-Delegation ist inzwischen in ein Motel mit 260 Räumen umgezogen, das sie am 15. März für die Summe von 4,85 Mill. US Dollar erworben hatte.

Eine chinesische Abordnung nahm an der Meeresboden-Konferenz der UNO teil.

DIPLOMATENREISE DURCH CHINA

Nach einer Meldung von "Tanjug" (19.4.72) hat die erste der vier Gruppen von 80 Diplomaten, darunter 25 Missionschefs, vom 19. April an eine 9-tägige Reise durch China unternommen. Besichtigungsziele waren vor allem die beiden alten Kaiserstädte Loyang (in Honan) und Sian (in Shensi), sowie die landwirtschaftliche Muster-Produktionsbrigade Tachai in Shansi. Die sowjetische Grenzverhandlungsdelegation unter der Leitung von Iljitschow hat in Begleitung der chinesischen Gesprächspartner am 20. April eine Reise nach Wuhan, Kuangchou und anderen, weniger bekannten Orten angetreten. Die Militärrattaches hatten kurz zuvor ihre erste 10-tägige Reise nach Nanking, Shanghai und Hangchou beendet. Eine Sonderreise für die in Peking akkreditierten Auslandskorrespondenten wurde ebenfalls angekündigt.

INNENPOLITIK

TAIWAN

Mehrere Prozesse in Taiwan nach Nixons Peking-Reise sind ein Zeichen für eine niedrigere Toleranzschwelle des Regimes gegenüber den Intellektuellen. Nachdem bereits der stellvertretende Direktor der Staatlichen Rundfunkanstalt, Li Ching-sung, aufgrund Jahre zurückliegender Leitartikel in der Ta-hua - Abendzeitung zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt worden war, haben nun acht Angeklagte, darunter zwei Anhänger der "Taiwan Independence-Bewegung", Hsieh Ts'ung-min und Wei T'ing-ch'ao, Gefängnisstrafen zwischen 10 und 15 Jahren erhalten. Ihnen wird Rebellion und subversive Tätigkeit zur Last gelegt. Sie hätten sich für eine unabhängige, von Taiwanesen geführte Regierung eingesetzt, die jede Verbindung mit den Nationalchinesen und den Kommunisten ablehnt. Angeblich soll die Gruppe für Bombenanschläge auf eine amerikanische Bibliothek in Taiwan und eine Niederlassung der Bank of America in Taipei im Oktober 1970 und Februar 1971 verantwortlich sein. Unter den Verurteilten befindet sich der junge Schriftsteller Li Ao (geb. 1935), einer der bekanntesten chinesischen Intellektuellen in Taiwan, der schon seit Jahren ständig vom Geheimdienst überwacht wurde. Li Ao ist als Historiker mit Studien über sein Vorbild, Chinas berühmtesten Liberalen, Hu Shih, hervorgetreten. Seine Kritik an der rigorosen Kontrolle der Partei über die Taiwan-Universität, die sich schnell zu einer allgemeineren, ironisch-elegantem Auseinandersetzung mit dem stagnierenden Kulturprovinzialismus Taiwans ausweitete, machte Li zum populärsten Schriftsteller unter Schülern und Studenten. Wegen der unüberhörbaren politischen Obertöne seiner Kritik hatte die Partei nach einem vergeblichen Versuch, ihn für die Regierung zu gewinnen, schon vor Jahren Schreibverbot verhängt, seine Werke auf den Index gesetzt und ihm jegliche andere Möglichkeit genommen, mit kommerzieller Werbung sein Geld zu verdienen oder eine Einladung in die Vereinigten Staaten anzunehmen. Erschwerend wirkte seine enge Verbindung zu dem ebenfalls mundtot gemachten Philosophen Yin Hai-kuang, Professor der Taiwan-Universität, und Lis Tätigkeit als Redakteur des bekannten Taschenbuch-Verlages Wen-hsing, den die Regierung schließen ließ. Wer Li Aos präzises Archiv über innenpolitische Vorgänge kannte, wird über den Vorwurf des Gerichts nicht erstaunt sein, der Schriftsteller habe Informationen über inhaftierte "regierungsfeindliche Kräfte" Ausländern in die Hand gespielt.

ÄMTERZUSAMMENLEGUNG

Die Abteilungen des Außenministeriums für Internationale Organisationen und für Verträge und Gesetze sind zusammengelegt worden zur Abteilung für Internationale Organisationen und Konferenzen, Verträge und Gesetze.